

W a c h t a u f, V e r d a m m t e d i e s e r E r d e !

DER SOZIALIST

Herausgegeben von oppositionellen sozialistischen Arbeitern

++++
Erscheint monatlich Nr. 10/11 Nov./Dez. 1949
++++

STATT KONSEQUENTER SOZIALISTISCHER POLITIK -
=====

NEUERLICHE KOALITION MIT DER ÖVP!
=====

Der Ausgang des Parteitages hat die sozialistischen Arbeiter tief enttäuscht. Die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder unserer Partei lehnt die Koalition mit der kapitalistischen ÖVP ab - nicht aus "theoretischen" Erwägungen heraus, sondern weil die Praxis zeigt, daß diese Politik für die Arbeiterschaft verhängnisvoll ist. Wenn der Lohn nicht ausreicht, um nur die notwendigsten Anschaffungen zu machen, wenn die Preise trotz allen Preissenkungsschwelgerei immer mehr in die Höhe klettern, wenn die Arbeitslosigkeit um sich greift, wenn die Furcht vor dem Abbau heute schon wieder das Denken vieler Arbeiter und Angestellten beherrscht, wenn die Unternehmer sich wieder als die unumschränkten Herren in den Betrieben fühlen und in den westlichen Bundesländern, wie Parteitage-delegierte berichtet haben, zum Betriebsterror gegen die sozialistischen Arbeiter übergehen, dann ist alles das für wirkliche Sozialisten das überzeugendste Argument gegen die Koalition - denn für diese Entwicklung ist in erster Linie die Koalitionspolitik verantwortlich; diese Entwicklung ist das wahre Ergebnis der Koalition für die Arbeiterschaft. Die sozialistische Arbeiterschaft, die Mehrheit der Mitgliedschaft unserer Partei hat nach vier Jahren Koalition gesehen, daß diese zur Restaurierung des Kapitalismus in Österreich geführt hat mit all' den Begleiterscheinungen und schweren Folgen für die Arbeiterschaft; das Ergebnis der Wahlen vom 9. Oktober hat aufrüttelnd auf viele Sozialisten gewirkt, die bisher vor dieser Entwicklung noch die Augen geschlossen gehabt haben. Die übergroße Mehrzahl der sozialistischen Arbeiter hat gewünscht, daß die Sozialistische Partei nun endlich den konsequenten Kampf gegen die kapitalistischen Raubangriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft aufnehmen möge. Aber dieser Wunsch, dieser Wille ist auf dem Parteitag nicht zum Ausdruck gekommen; er ist mißachtet, über ihn ist hinweggeschritten worden - hinein in eine neue Koalition mit der ÖVP, deren Auswirkungen wir alle jetzt schon, nach nur wenigen Wochen, spüren! Nur eine verhältnismäßig kleine Minderheit in unserer Partei ist gegen die Aufnahme eines entschlossenen Kampfes zur Verteidigung der Arbeiterinteressen, aber diese Minderheit hat sich durchgesetzt, sie hat die Mehrheit auf dem Parteitag gebildet, ihre Stimme hat den Parteitag beherrscht, sie hat den bisherigen Parteivorstand neuerlich gewählt trotz der tiefen Unzufriedenheit und des Mißtrauens über ihn in den Reihen der Partei, ihre Meinung war maßgebend für dessen politische Beschlüsse! Wieso konnte es zu diesem Ergebnis kommen?

Der Sozialismus ist nicht die Angelegenheit wohlmeinender Leute, keine bloße "ethische" Forderung, der sich alle anschließen können, die "guten Willens" sind. Er ist in erster Linie eine Angelegenheit der Arbeiter; er erwächst aus dem Kampf der Arbeiter, der in seinen Konsequenzen zum Sozialismus führt. Als die Arbeiterbewegung noch klein und schwach war, als sie mit übermächtigen Feinden noch um die primitivsten Arbeiterrechte ringen mußte, da ist das Bekenntnis zum Sozialismus keine einfache Angelegenheit und kein Geschäft gewesen; es hat an den Mut, die Überzeugungstreue, die Ausdauer der Sozialisten unerhörte Anforderungen gestellt. Darum war unsere Partei vom Anfang an eine Arbeiterpartei, ihre ersten Kämpfer sind aus der Arbeiterklasse gekommen, ihre ersten Führer waren Arbeiter. Nur ganz wenige Menschen aus den gebildeten und herrschenden Klassen haben sich der jungen Arbeiterbewegung angeschlossen, denn Sozialist sein, das hieß damals Kämpfer sein und für die Arbeiterklasse Opfer bringen. Jene Menschen aus anderen Klassen, die sich den Arbeitern angeschlossen haben, konnten sich darum in der Arbeiterbewegung nur behaupten, wenn sie sich bedingungslos den Arbeiterinteressen untergeordnet und ihre Hingabe für die Sache der Arbeiterklasse nicht nur in Worten, sondern durch ihr tatsächliches Verhalten im Kampf bewiesen haben. Die Geschichte des österreichischen Sozialismus kennt eine Reihe solcher Namen - und es sind die unserer Besten darunter. Doch vor allem waren es Arbeiter, die unsere Bewegung aufgebaut, die ihr am meisten geopfert haben, die für sie mit allem, was sie hatten und was sie waren, eingestanden sind. So war es im Heldenzeitalter unserer Partei; so war es am 12. Feber 1934; so war es schließlich in den Jahren der faschistischen Illegalität. Erst als die Arbeiterbewegung groß und mächtig geworden ist, erst, als sie angefangen hat, eine Macht zu werden, da haben auch andere ihr Herz für den Sozialismus entdeckt. In unserer Partei hat heute eine Schichte die Führung inne, die teilweise den Kontakt mit den Arbeitern bereits verloren und ihn teilweise niemals besessen hat, Sozialisten ihren Worten, aber niemals ihren Handlungen nach! Unsere Partei besteht tatsächlich aus zwei Schichten: Aus der großen Masse der sozialistischen Arbeiter, die unter Sozialismus den konsequenten Kampf für die Arbeiterinteressen verstehen - und aus jener kleinen Schichte, die heute den Parteiapparat in der Hand hat, die die gegenwärtige Parteiführung stützt und auf die sich diese Führung stützt, eine Schichte, die sich ihren Ansichten und ihrem Einkommen nach deutlich von der Arbeitermitgliedschaft unserer Partei abhebt und die zwar sozialistische Worte spricht, deren Taten aber gar nicht sozialistisch sind. Die Arbeiter wollen, daß endlich einmal Schluß gemacht wird mit der Politik des Nachgebens und des ewigen Hinhaltens - aber diese Schicht ist für die Koalition! Die Arbeiter bilden die Mehrheit unserer Partei - aber diese Schicht bestimmt vorläufig noch immer deren Politik! Weil die Arbeiter erst wieder lernen müssen, jene, die sie zu vertreten vorgeben, nicht nach deren Worten, sondern ausschließlich nach deren Handlungen zu beurteilen; weil die Wortsozialisten vorläufig noch an Routine, an Redegewandtheit, an Geschicklichkeit in der Beherrschung des Organisations- und Abstimmungsapparats den Arbeitern überlegen sind - darum hat der Parteitag mit einem neuerlichen Bekenntnis zur Koalition geendet!

Fehler und Schwächen

Der Parteitag hat als wichtigste Tatsache gezeigt, daß es in der Partei keine organisierte Opposition gibt, jene Delegierten, die, wenn auch in verschiedener Gradation, gegen die Koalitionspolitik gesprochen haben, sind alle als Einzelgänger aufgetreten, haben sich nicht gegenseitig unterstützt. So wurde z.B. H i l l e g e i s t glatt hängen gelassen und hat keine Unterstützung ge-

funden. Andere oppositionelle Delegierte haben es hinwiederum an Konsequenz fehlen lassen. So hat z.B. die Bezirksorganisation Imst ihren Delegierten beauftragt, gegen die Koalition zu stimmen; der Genosse hat gegen die Koalition gesprochen, bei der Abstimmung aber für die Resolution des Parteivorstandes gestimmt. Eine der Ursachen solcher Schwächen ist mangelnde Erfahrung; gerade deshalb müssen unsere Genossen in den Bezirksorganisationen lernen, sich um das Schicksal ihrer Resolutionen zu kümmern; sie müssen die Delegierten aber auch für die richtige Durchführung der Aufgaben verantwortlich machen, mit denen sie beauftragt worden sind. Eine andere Schwäche: Einzelne Delegierte haben H i n d e l s gegen den demagogischen Angriff von K r e i n e r verteidigt, aber das nicht im Namen der SJ getan; es hätte einen starken Eindruck auf den Parteitag gemacht, wenn dieser gesehen hätte, daß die Jugend der Partei als geschlossene Gruppe auftritt.

Manche Delegierte hat sicher die Erinnerung an das Auftreten Erwin S c h a r f s auf dem Parteitag 1947 und die Entwicklung, die Scharf seither genommen hat, davor abgehalten, sich mit gleichgesinnten Delegierten ins Einvernehmen zu setzen, um als geschlossene Gruppe aufzutreten; vielleicht fürchteten sie im Zusammenhang damit eine mögliche Diffamierung von seiten des Parteivorstandes. Aber er ist in Wirklichkeit garnicht so stark, dieser Vorstand; seine "Stärke" besteht einzig und allein in der vorläufigen Schwäche seiner Opponenten, deren Auftreten bis jetzt nicht nur uneinheitlich war, sondern die politische Zielklarheit hat vermissen lassen. Die Position des Parteivorstandes gegen Scharf war stark, weil die politische Position Scharfs schwach war, weil Scharf eine Sache vertreten hat, die er nicht beim Namen nennen durfte, die er verheimlichen mußte. Scharf hat nicht als oppositioneller Sozialist gehandelt, dessen Ziel es ist, die Partei für eine konsequente sozialistische Politik zu gewinnen, sondern als volksdemokratischer Agent, der den Auftrag hatte, Teile unserer Partei der bankrotteten Firma Koplenig & Honner zuzuführen. Wir aber kämpfen für die Schaffung einer ernststen Linken, die politisch klar und organisatorisch so gefestigt und in der Partei so stark verankert ist, daß sie auch mit Aussicht auf Erfolg gegen die verderbliche Politik der gegenwärtigen Führung auftreten und der Koalitionsgesinnung kühn die Stirn bieten kann.

Echo der Unzufriedenheit der Arbeiter

Bedeutet nun der Ausgang des Parteitages, daß dieses Ziel in unerreichbare Ferne gerückt ist? Daß die Schwierigkeiten so groß sind, daß sie praktisch unüberwindlich? Bedeutet das Fehlen einer organisierten linken Opposition, daß es in unserer Partei überhaupt keine Opposition gibt? Keineswegs! Gar manche Delegierte haben darüber sehr Aufschlußreiches berichtet. So sagte z.B. S i e b e r e r (Steyr): "Der Ausgang der Wahlen und die Ergebnisse der Politik der Partei befriedigen die Massen nicht." Er verlangte die periodische Bekanntgabe des Lebenskostenindex und warnte vor einem neuerlichen Lohn-Preispaakt. "Wir können uns vielleicht noch einmal apparatmäßig den Massen gegenüber durchsetzen, wählermäßig aber nicht. Es hat keinen Sinn, Randschichten gewinnen zu wollen und dabei den Stock der Partei zu verlieren."

P ö l z (Böhler-Werke) sagte: "Hunderte Arbeiter haben vor den Wahlen gesagt, daß es der letzte Vertrauensvorschuß ist, den ihr bekommt." Er schilderte die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Lage.

K o b e r (Wr.-Neustadt): "Die Wahlen waren eine Niederlage; die bürgerliche Front ist stärker geworden." Er verlangte, daß vor irgendwelchen die Arbeiterinteressen betreffenden Abmachungen die Arbeiter vorher unterrichtet werden. Schlußsatz: "Wenn wir die Partei nicht säubern, säubern uns die Wähler."

H i n d e l s (SJ): Er lehnt die Koalition ab, da in ihr die Partei eine Gefangene der kapitalistischen Reaktion sein wird. "Unsere Partei hat seit 1945 darauf verzichtet, die außerparlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampfmittel anzuwenden. Dieser Parteitag hat nun die Aufgabe, den Arbeitern zu sagen: Die alte Periode des Zurückweichens ist nun zu Ende, die Sozialisten sind bereit, die außerparlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampfmittel anzuwenden."

Dr. P o d d a n y (Wien IX): In dem seit 1945 herrschenden Burgfrieden wurde die Arbeiterklasse übervorteilt. In der Exekutive sitzen noch immer dieselben Leute wie vor 1938.

H i l l e g e i s t (Soz. Gewerkschaftsfraktion): "Wenn man in der Regierung sitzt, in der man die volle Mitverantwortung trägt, dann genügt es nicht, den anderen die Schuld zuzuschieben, dann muß man verhindern, daß es zu Dingen kommt, die man vor den Massen nicht verantworten kann." H. greift Helmer und die bedingungslose Koalitionsbereitschaft des Parteivorstandes an. "Dem Genossen Czernetz, der heute gesagt hat, wir müssen die Massen wieder kämpfen lehren, möchte ich sagen: Man muß auch den Kampfgeist des Parteivorstandes beleben. Wir sozialistischen Gewerkschafter haben bewiesen, daß wir die Kerntruppe der Partei sind, wir wollen, daß man auf uns hört. Wir verlangen Taten an Stelle leerer Redensarten."

P o g a t z (Tirol): Die militanten Kräfte des Bürgertums sind stärker geworden. Er schildert das Eindringen des VdU in die Betriebe. Er ist gegen die Koalitionspolitik; der Bezirk Imst hat ihm den Auftrag gegeben, gegen eine Koalition zu stimmen.

S u c h a n e k (Villach): Die Arbeiterschaft will befragt werden, bevor etwas beschlossen wird. Eine konsequente Politik ist notwendig. Die Arbeiter möchten kämpfen. "Wenn ihr nicht auf die Arbeiter hört, so werden noch mehr Wähler verloren gehen."

S a i l e r (Wien V): Wir müssen Schluß machen mit der Politik der vollzogenen Tatsachen, mit der Politik der Geheimdiplomatie. Wir haben die Massen zu oft vor vollzogene Tatsachen gestellt. Was wir fordern, ist eine entschlossene Politik der Arbeiterklasse, die den Massen verständlich gemacht werden kann."

Dr. R o s e n z w e i g (Soz. Akademiker): "Selbst in den Ministerien, die von Sozialisten verwaltet werden, sind die meisten höheren Stellen nur von ÖVP-Beamten besetzt, aber es gibt auch Ministerien, wo unter den leitenden Beamten überhaupt keine Sozialisten sind."

B r i z a (Wien XIII) stellt den großen Unterschied zwischen der Meinung der Mandatäre und der Meinung der Vertrauensmänner in den Bezirken fest.

Aus allen diesen Reden hört man die Opposition der Arbeiterbasis unserer Partei gegen die Parteiführung und die von ihr betriebene Politik heraus. Aber bei dieser Opposition handelt es sich vorläufig nur um Stimmungen; ihr mangelt die Zielklarheit, die die Vorbedingung eines organisierten Auftretens ist. Hier muß der Hebel angesetzt werden; mitzuhelfen, diesen grundlegenden Mangel zu überwinden, diese Aufgabe hat sich der "SOZIALIST" gestellt.

Wir müssen uns besser vorbereiten!

Wir dürfen uns also durch den Ausgang des Parteitages nicht mutlos machen lassen. Die sozialistischen Arbeiter dürfen die Partei nicht den Koalitionspolitikern überlassen, die heute über ihren scheinbar mühelosen Sieg am Parteitag frohlocken. Der Triumph der gegenwärtigen Parteiführung wird von kurzer Dauer sein. Die Ergebnisse ihrer eigenen Politik wird sie vor Probleme stellen, die sie, wenn sie diese Politik fortsetzt, niemals zu meistern imstande sein wird.

Die Sozialistische Partei ist eine Arbeiterpartei - trotz der verderblichen Politik der gegenwärtigen Führung. Die Arbeiterbasis der Partei ist gesund; das ist die Gewähr dafür, daß es uns gelingen muß, die Partei wieder zu dem zu machen, was sie einstmals war - zur sozialistischen Kampfpartei! Wir unterliegen dabei nicht der Illusion und erwecken in anderen nicht die Illusion, als ob es gelingen könnte, die Partei sozusagen über Nacht zu erobern. Wir müssen uns auf einen zähen, ausdauernden Kampf auf lange Sicht vorbereiten - alle aufrechten, kämpferischen Sozialisten, die der Koalitionsgesinnung noch nicht unterlegen sind, müssen uns, müssen den "SOZIALIST" in diesem Kampf unterstützen!

Es hat eine kleine Anzahl von Delegierten gegeben, die sich - wenn auch in verschiedenen Abstufungen - gegen die Koalition ausgesprochen haben. Allein diese oppositionellen Genossen haben mit jenen, die für die Koalition waren, eines gemeinsam gehabt: Die parlamentarischen Illusionen! Das sind jene Auffassungen, die da glauben, daß alles und jedes im Parlament und auf Grund des parlamentarischen Kräfteverhältnisses gelöst werden kann. In Wirklichkeit wird gar nichts im Parlament entschieden - und vor allem nicht die grundlegenden Fragen! Die Überlegungen, die ausschließlich von parlamentarischen Kombinationen ausgehen (wie z.B., daß die ÖVP nun die parlamentarische Mehrheit verloren habe, oder daß unsere Partei auf Grund dieses berühmten "parlamentarischen Kräfteverhältnisses", da ein Zusammengehen mit dem VdU nicht in Frage komme, als Konsequenz nur die Koalition mit der ÖVP übrigbleibe usw.), alle diese "realpolitischen" Weisheiten sind Fehlspekulationen und gehen am Wesen der Sache vollkommen vorbei; solche Überlegungen führen dazu, daß derjenige, der sie anstellt, vollkommen mit Blindheit für die wirkliche Entwicklung gestraft wird, wie das dem Exminister M i g s c h passiert ist, der auf dem Parteitag behauptet hat, daß das Endergebnis der Wahlen darin liegt, "daß alle Rechtspolitiker der ÖVP geschlagene Generale sind". Wir brauchen uns bei einer solchen Dummheit nicht weiter aufhalten. In Wirklichkeit wird das Kräfteverhältnis im Parlament ausschließlich durch das außerparlamentarische Kräfteverhältnis der Klassen bestimmt; dieses gilt es zugunsten der Arbeiterklasse durch die Aufnahme des konsequenten außerparlamentarischen Massenkampfes zu verändern. Einzelne Delegierte (z.B. Hindels und Sailer - der letztere ist kein "Theoretiker der 16- und 17jährigen", sondern ein Februartämpfer, der vor dem Klassengericht seinen Mann gestellt hat), haben das verlangt, allein ihre Stellungnahme war viel zu allgemein, viel zu abstrakt. Nicht im Gegensatz zu den Koalitionspolitikern vom außerparlamentarischen Kampf nur reden, sondern zur Lösung konkreter Fragen möglichst konkrete Vorschläge machen, möglichst konkrete Anträge und für diese die Arbeiter in den Bezirksorganisationen gewinnen, um einen sanften Druck auf den koalitionslüsternen Parteivorstand auszuüben, darauf kommt es an. Das ist der einzige Weg, der zum wirklichen Kampf, der zu Erfolgen für die Arbeiterklasse, der zur Sprengung der Koalition und zu einer konsequenten sozialistischen Politik führt.

Auf diesem Weg müssen wir Sozialisten in den folgenden Monaten voranzuschreiten versuchen; das ist die politische Aufgabe, die sich der "SOZIALIST" stellt und bei der ihm alle aufrechten Sozialisten, deren sozialistisches Gewissen noch nicht durch die Koalitionsgesinnung erstickt ist, unterstützen müssen. Politische Zielklarheit, die sich in einer ganz konkreten und realistischen Aufgabenstellung äußern muß; für sie unter unseren sozialistischen Arbeitern Propaganda machen; die sozialistische Arbeiterschaft, die heute bereits von einem tiefen Mißtrauen gegen die Koalitionspolitik erfüllt ist, als Bundesgenossen, als entscheidende Kraft auch in unserer Partei für die Durchsetzung unserer sozialistischen Aufgaben zu gewinnen, das ist die beste Methode, um auch die organisatorische Zerfahrenheit zu überwinden und eine starke Linke in der Partei zu schaffen. Auf diesem Wege - dem nächsten Parteitag entgegen!

UND DEINE MEINUNG, GENOSSE ?

In der Nationalratssitzung am 23.11. sagte in der Debatte der Präsident des Gewerkschaftsbundes B ö h m : "Was wir in den letzten Monaten erlebt haben, ist keine freie Wirtschaft, sondern das war die Zeit schrankenloser Auswucherung der österreichischen Bevölkerung. Mit dieser Freiheit, das soll mit aller Deutlichkeit gesagt werden, sind die Sozialisten nicht einverstanden..... Der Herr Abg. R a a b hat sich bei seiner Voraussage, die Aufhebung der Bewirtschaftung werde eine Preissenkung größten Ausmaßes bringen, geirrt....."

Nationalrat R a a b sagte in seiner Antwort: "Die Rede des Herrn Abg. B ö h m hat auf seiten der Volkspartei eine sehr große Enttäuschung hervorgerufen, sie mag ein Rückfall in vergangene Jahre gewesen sein, denn die Kammern bemühen sich heute ohne Unterschied ihrer politischen Einstellung, die Lage, die sich nicht aus der freien Wirtschaft, sondern aus der englischen Pfundabwertung ergeben hat, zu meistern. Die Ausführungen über die freie Wirtschaft und alle diese Dinge wurden also aus rein politischen Zweckmotiven gemacht....."

Die amtliche "Wiener Zeitung" berichtet nun weiter: "Als Abg. Ing. R a a b zu seinem Platz zurückgekehrt war, trat Präsident B ö h m auf ihn zu und schüttelte ihm unter lebhaftem Beifall der Abgeordneten der Volkspartei die Hand."

Was sagst Du zu diesem Händedruck, Genosse?

-xXx-

SPENDENAUSWEIS: A.W. - S 20.-; O.S.XX - S 5.-

+++++
WAS WILL "DER SOZIALIST"?
=====

DER SOZIALIST dient der Aufklärung und Erziehung der sozialistischen Arbeiterschaft.

DER SOZIALIST stellt sich die Aufgabe, mitzuhelfen am Aufbau einer ernstlichen Linken in der Sozialistischen Partei.

DER SOZIALIST will in der Partei wieder den Geist des Hainfelder Programms wachrufen, der durch die Politik der gegenwärtigen Parteiführung verschüttet ist.

Leset und durchdenkt den SOZIALIST! Diskutiert über seine Ansichten mit anderen ehrlichen, aufrechten sozialistischen Genossen! Verbreitet seine Ideen in der Sozialistischen Partei weiter!

Helft dem SOZIALIST in seinem Kampf zur Durchsetzung einer konsequenten sozialistischen Arbeiterpolitik!

+++++
+++++
L e s e n u n d w e i t e r g e b e n ! !
+++++